Abend-Ausgabe

69. Jahrgang. № 95 — Mittwoch, 25. Februar 192.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 28. Februar 1925 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Februar 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das Rätselraten um die Räumungsfrage.

Widersprechende Meldungen um die Beteiligung Deutschlands an den Erörterungen.

England fordert die Trennung der Sicherheitsfrage von der Räumungsfrage. — Deutscher Tag in Lodz.

Der Bericht noch beim Versailler Militärkomitee.

(Durch Funkspruch.)

London, 25. Febr. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, es bestehe kein Zweifel, **daß die Stimmung gegen irgendeine Beteiligung der Deutschen an Erörterungen über die Räumung der Kölner Zone sich verstreife.** Frankreich sei entschieden dagegen, daß die französische Regierung mit der deutschen über die Räumungsfrage verhandle. Im Gegensatz hierzu meldet „Times" aus Paris, es scheine jetzt sicher zu sein, daß **die französische Regierung bereit sei, zuzustimmen, daß die Deutschen eingeladen werden,** mit den alliierten Regierungen zusammenzutreffen, wenn die letzteren über die Form Beschluß gefaßt haben, die sie ihrem Ersuchen an Deutschland, seine Abrüstungen zu vollenden, geben werden. „Times" zufolge befindet sich der **Bericht** der J. M. K. K. immer noch in den Händen des **interalliierten Militärkomitees** in Versailles.

In der Meldung der „Times" heißt es weiter, daß, bevor diese Dokumente eingegangen seien, die britische Regierung nicht in der Lage sein werde, irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Der allgemeine Sinn des Berichtes des Militärkomitees sei den Alliierten natürlich bereits bekannt und inoffizielle Besprechungen seien im Gange. Es verlautet, daß in den Besprechungen, die jetzt im Gange seien, **die britische Regierung in dem Punkte fest bleibe, daß die Räumung Kölns von der französischen Sicherheit deutlich getrennt bleiben müsse.** Nach Ansicht der britischen Regierung müsse der Zeitpunkt der Räumung allein von der Durchführung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages durch Deutschland abhängig gemacht werden. (WTB.)

Beratung der Kölner Frage am Freitag?

Berlin, 25. Febr. Einer Pariser Meldung des „Lokal-Anz." zufolge ist die Botschafterkonferenz zur Beratung der Kölner Räumungsfrage für nächsten Freitag einberufen worden. In unterrichteten Pariser Kreisen wird angenommen, daß das Militärkomitee bis dahin sein Gutachten über den Kontrollbericht fertiggestellt haben wird.

Asquith will Veröffentlichung des Kontrollberichts fordern.

(Durch Funkspruch.)

London, 25. Febr. „Westminster Gazette" berichtet, daß Asquith am Dienstag im Oberhause die Veröffentlichung des Berichts der J. M. K. K. über die angeblichen deutschen Rüstungen fordern werde. (W. T. B.)

Schuld- und Sicherheitsfragen in der Pariser Außenkommission.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 25. Februar. Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hielt gestern unter dem Vorsitz des Abgeordneten Franklin Bouillon eine Sitzung ab. Angesichts der Wichtigkeit der augenblicklichen Debatte über das Finanzgesetz beschloß die Kommission auf Vorschlag des Abgeordneten Loucheur, sich zu vertagen und am Mittwoch die Frage der **interalliierten Schulden** und die Frage **des Sicherheitsvertrages** zu prüfen. Der Vorsitzende, Franklin Bouillon wurde beauftragt, in der Zwischenzeit von dem Ministerpräsidenten nähere Einzelheiten über die genannten Punkte zu erfragen.

Die Beschwerde von Münchweiler zurückgewiesen.

Unverschämte Begründung des französischen Bezirksdelegierten.

(Durch Funkspruch.)

Pirmasens, 25. Febr. Laut Mitteilung des französischen Bezirksdelegierten von Pirmasens an den Bürgermeister von Münchweiler hat die Rheinlandkommission die Beschwerde des Gemeinderats von Münchweiler gegen die in der Helferich-Affäre verhängten Strafmaßnahmen der Besatzungsbehörden als unbegründet zurückgewiesen. Die fraglichen Maßnahmen seien nur angeordnet worden, um Zwischenfälle zu verhüten und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Besatzungsbehörde habe sich im Rahmen des Rheinlandabkommens und der Verordnungen gehalten.

Dazu ist zu bemerken, daß nach dem Rheinlandabkommen allein die deutsche Polizei und die deutschen Behörden für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zuständig sind. **Nur auf ausdrückliches Ersuchen der deutschen Behörden können die Besatzungsbehörden eingreifen.** Von sich aus können die Besatzungsbehörden nach Verordnung 173 nur dann Verkehrssperren usw. verhängen, wenn die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet erscheint. Jetzt befindet sich aber in dem Orte Münchweiler überhaupt keine Besatzung. (W. T. B.)

Verhandlungen über eine militärische Sperrzone rechts des Rheins.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Rotterdam, 25. Febr. Die „Morningpost" meldet aus Paris: Der alliierte Militärrat bleibt weiter in Versailles versammelt. Zur Beratung stehen jetzt die französischen Anträge, **die eine militärische Sperrzone rechts des Rheines vorsehen.**

Die Schulfrage im Saargebiet.

(Durch Funkspruch.)

Saarbrücken, 25. Febr. Die seit langem immer wieder erhobenen Klagen der Presse und der Organisationen, die auch bereits mehrfach dem Völkerbundsrat unterbreitet wurden, daß auf die Bergleute und sonstige von der Bergwerksdirektion abhängige Personen ein Druck ausgeübt werde, ihre Kinder in die hier von der Bergverwaltung gegründete **französische Schule** zu schicken, haben nunmehr die Regierungskommission veranlaßt, eine Bekanntmachung zu erlassen, in der gesagt wird,

daß es jedem Angestellten der französischen Gruben freigestellt wird, sein Kind in die deutsche oder in die französische Schule zu schicken. Die Regierungskommission erklärt aber, daß sie die Erlaubnis zum Besuche der französischen Schule für die Zukunft nicht mehr in allen Fällen, sondern nur in solchen erteilen werde, wo wichtige Gründe dafür vorliegen. (W. T. B.)

300 deutsche Schulen in Polen geschlossen.

Der Deutsche Tag in Lodz.

Posen, 25. Febr. Das „Pos. Tagebl." meldet aus Lodz: Der Deutsche Tag in Lodz, an dem alle deutsche Sejmabgeordnete und die Vertreter aller deutschen Verbände Polens teilgenommen haben, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Zurückgabe der enteigneten deutschen Schulgrundstücke und Häuser an die deutschen Gemeinden verlangt und gegen die Rechts- und Schutzlosigkeit der deutschen Gemeinden in Polen protestiert wird. Domherr Klinke, Posen, gab bekannt, daß im Laufe der letzten fünf Jahre über 300 deutsche Schulen in Polen geschlossen worden sind.

Die Tabakeinfuhr nach dem Saargebiet gesperrt.

Berlin, 25. Febr. Die französischen Zollstellen haben am 19. Februar ohne jede vorherige Ankündigung mit sofortiger Wirkung die Einfuhr von Rohtabaken und Tabakfertigfabrikaten in das Saargebiet gesperrt.

Das endgültige französische Wiederaufbauprogramm.

Paris, 24. Febr. Die interparlamentarische Gruppe für den Wiederaufbau hat heute eine Sitzung abgehalten, um den Text des von der Regierung vorgesehenen Wiederaufbauprogramms für das Jahr 1925 zur Kenntnis zu nehmen. Sie hat einstimmig die Haltung ihrer Delegierten bei den vorbereitenden Verhandlungen mit der Regierung gebilligt und dem Regierungsvorschlag zugestimmt. Der Entwurf, der nunmehr endgültige Gestalt angenommen hat, sieht für Wiederaufbauarbeiten im Jahre 1925 vor: 1. 2025 Mill. Franken in bar oder in veräußerlichen Obligationen der nationalen Verteidigung mit sechsjähriger Laufzeit, die der Finanzminister berechtigt ist, bis zum Betrage von 1600 Mill. Franken auszugeben. 2. Deutsche Sachlieferungen im Betrage von 200 Mill. Franken. 3. Obligationen im Betrage von 1 Milliarde Franken. 4. Unveräußerliche Obligationen im Betrage von 2 Milliarden. (W. T. B.)

Vorläufige Rückkehr der Handelsdelegation aus Paris.

Nur eine Unterkommission bleibt.

Paris, 25. Februar. Wie verlautet, hat die deutsche Handelsvertragsdelegation keine Weisungen aus Berlin erhalten, bis zum Abschluß der Verhandlungen in Paris zu bleiben. **Bis zur Klärung der Frage einer Unterbrechung soll versucht werden, um jeden Preis eine grundsätzliche Verständigung über das vorläufige Abkommen und die wesentlichsten Bestimmungen des endgültigen Vertrags herbeizuführen.** Es verlautet, daß die deutsche Delegation Ende der Woche für kurze Zeit nach Berlin zurückkehrt und eine Unterkommission in Paris zurücklassen soll. Die „Information" meldet, daß Staatssekretär Trendelenburg seinen Sekretär mit dem französischen Fragebogen über die deutschen Vorschläge zum modus vivendi und zum endgültigen Handelsvertrag nach Berlin abgesandt hat.

Schwierigkeiten bei den französisch-portugiesischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 25. Febr. Havas erklärt, daß die portugiesische Regierung, mit der die französische Regierung vor einigen Tagen ein Handelsprovisorium abgeschlossen hat, sich weigere, den ins Auge gefaßten modus vivendi zuzustimmen in Anbetracht der oppositionellen Haltung der französischen Weinbauern, die gewöhnliche Weine nicht zum Normaltarif zulassen wollen. Der portugiesische Gesandte in Paris werde mit dem Ministerpräsidenten Herriot über diese Frage konferieren. (W. T. B.)

Deutschland und die Pariser Kunstausstellung.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 25. Februar. Das „Journal" meldet, **daß Deutschland nunmehr vielleicht doch noch an der Internationalen Ausstellung für dekorative Künste in Paris teilnehmen werde.** Bekanntlich habe sich das Reich geweigert, an dieser Ausstellung teilzunehmen, und zwar aus dem Grunde, weil nicht genügend Geld vorhanden sei. Dieser Vorsatz sei, wie das Blatt schreibt, natürlich nichtig, angesichts der Tatsache, daß die Ruhrindustrie 715 Millionen Goldmark erhalten hätte. (!) Es seien erneut Verhandlungen zwischen dem deutschen Künstlersyndikat und der Ausstellungsleitung im Gange, die das Ziel hätten, daß genanntes Syndikat eine Ausstellung für künstlerische Möbel veranstaltet.

Eine nette Methode, derartige Verhandlungen zu fördern, wenn das Pariser Blatt gleichzeitig einen boshaften Hieb gegen die Reichsregierung führt!

Unterhausanfragen.

Ein deutsch-englisches Telephonkabel geplant

London, 25. Febr. Im Unterhause erklärte der Generalpostmeister Mitchell Thompson in Beantwortung einer Anfrage, das britische Postministerium stehe mit holländischen und deutschen Behörden wegen **Einrichtung einer englisch-deutschen Telephonlinie** in Verhandlungen. Es sei jedoch noch nicht möglich, vorauszusehen, wann diese fertiggestellt sein werde, da ein Unterseekabel zwischen England und dem Festlande und ferner sechs Landleitungen in England, Holland und Deutschland angelegt werden müßten. Die Frage der Gebühren für Dreiminutengespräche werde zurzeit in den drei beteiligten Ländern erwogen. — Das Haus nahm dann einstimmig eine Resolution an, die den Betrag, der gemäß der Akte zur Förderung des Handels garantiert werden darf, von 65 auf 70 Millionen erhöht.

Weiter erklärte der Präsident auf eine Anfrage, er hoffe, daß eine internationale Konferenz über **die für die Zugvögel und die Fische schädlichen Folgen der Oelabwässer von Schiffen** einberufen werde. Ein Gesetz über diese Frage, das nur nationalen Charakter hätte, werde nicht eingebracht werden, da Aussicht bestehe, daß eine internationale Regelung getroffen werde. (W. T. B.)

Einigungsbestrebungen in der englischen Arbeiterpartei.

London, 25. Febr. Die Arbeiterpartei hielt eine Vollversammlung ab, in der, von den kürzlichen Zwischenfällen ausgehend, die Parteiorganisation eingehend erörtert wurde. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Vollzugsausschuß, um eine größere Leistungsfähigkeit der Partei herbeizuführen, folgende Fragen erwogen und darüber Bericht erstattet werden soll:

1. Parteidisziplin und Einigkeit;
2. die Haltung der Arbeiterpresse.

Wie das Reuter-Bureau dazu bemerkt, beziehen sich die Zwischenfälle auf die Angriffe der extremen Gegner der Reise **des Prinzen von Wales nach Südafrika.** (W. T. B.)

Vor einem Generalstreik der Eisenbahner in England?

Rotterdam, 25. Febr. Die Londoner „Daily Chronicle" meldet, **die Forderungen der englischen Eisenbahner sind abgelehnt worden.** Das Präsidium der Eisenbahnergewerkschaften tritt am 4. März in London zusammen, zur Beschlußfassung über den Antrag auf Proklamierung des Generalstreiks.

Ein englisches Urteil über Ebert.

London, 25. Febr. W. T. B. verbreitet folgende Meldung: Einige Blätter veröffentlichen aus Anlaß der Operation des deutschen Reichspräsidenten Bilder Eberts. „Daily Mail" schreibt, im ganzen könne gesagt werden, daß Ebert als Präsident ein Erfolg gewesen sei. Mit beharrlicher Klugheit habe er versucht, das Staatsschiff einen mittleren Kurs zu steuern. Sogar das Magdeburger Urteil habe Eberts Stellung nicht ernstlich erschüttert, aus dem einfachen Grunde, weil große Massen gemäßigter Leute in ihm die beste Gewähr sehen, Deutschlands Staatsschiff in ruhigere Gewässer zu lenken.

Coolidge und die Schuldenfrage.

Paris, 25. Febr. Havas meldet aus Washington: Man erklärt im Weißen Hause, daß Präsident Coolidge bezüglich der europäischen Schulden der Ansicht sei, es sei **vorzuziehen, daß man nicht fortgesetzt von dieser Frage spreche,** da es bei den Völkern Europas den Eindruck machen könnte, als ob die Vereinigten Staaten einen Druck auszuüben versuchten. Die endlosen Kommentare bezüglich dieser Schulden könnten den auswärtigen Beziehungen Amerikas nur schaden, weil sie nicht den Geisteszustand schaffen könnten, der zu einer Regelung dieser Frage führen könnte. (W. T. B.)

*

Zürich, 25. Februar. Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet aus Neuyork: Das Repräsentantenhaus hat gegen den Senatsbeschluß Verwahrung eingelegt, der die Oeffnung der Archive zur Feststellung der Ursachen des Weltkriegs verlangt. Die Neuyorker Presse glaubt, **daß Präsident Coolidge sich auf Seiten des Repräsentantenhauses und gegen den Senat stellen werde.**